

01.03. 2016

To

Julia Reda, zelena partia julia.reda@europarl.europa.eu

Peter Jahr, hristiandemokratichna partia, peter.jahr@europarl.europa.eu

Gabriele Preuss, soz.demokratichna partia, s_d.delegationde@ep.europa.eu

Corina Cretu - comissioner, corina-cretu-contact@ec.europa.eu

Was geschied mit Geldern der EU-Bürger in Bulgarien!

Am Beispiel mit der sogenannten westlichen Umgehungsstraße der Gemeinde Gabrovo und dem Tunnelbau durch das Balkan-Gebirge bei dem Schipka-Pass.

Es geht in der derzeitigen Planung dieser Straße um ein wirtschaftlich und Verkehrsmäßig sinnloses und überflüssiges Projekt, das mit EU-Geldern finanziert werden soll und z.T. schon finanziert wird. Das Festhalten an diesem Projekt bedient in erster Linie private und populistische Interessen. Zur Zeit ist bereits mit dem Bau begonnen worden, obwohl keine konkreten Baupläne für entscheidende Abschnitte vorliegen und Gerichtsverfahren der Bürgerinitiative gegen die Planung noch nicht abgeschlossen sind. Das beabsichtigte Projekt verstößt gegen etwa 25 nationale und europäische Gesetze, den Lebensraum von hunderten von Bürgern und gesetzlich geschützte Natur unnötig zerstört.

Diese Straße soll ein Teil des transeuropäischen Korridors Nummer IX (Bukarest, Russe, Dimitrovgrad, Alexandropolis) werden. Es geht um eine weitere Nord-Süd Verbindung durch das Balkan-Gebirge.

Zur Zeit läuft der Verkehr von Russe aus über Viliko Tarnevo – Haimboas (Balkan-Gebirge) und über die neu gebaute Brücke über die Donau (Calafat – Vidin) direkt vom Norden in den Süden. Diese Nord-Süd Verbindungen wurden, gemäß des veränderten Verkehrsstromes ab 2000 mit EU-Geldern vollständig rehabilitiert, bzw. neu gebaut.

Die sogenannte **geplante westliche Umgehungsstraße**, als zusätzliche Nord-Süd-Verbindung, ist um 27km länger als die benutzte östliche Nord-Süd-Verbindung und erreicht ein höheres Niveau. Um auf diese geplante Straße zu kommen, muss der Verkehr nach Viliko Tarnovo einen langen bergigen, kurvenreichen und engen Straßenabschnitt überwinden. Für die westliche Umgehungsstraße sieht der jetzige Plan vor, dass anstelle von einem 7,1km langen Tunnel nun zwei kürzere 3,2km Tunnel gebaut werden sollen. Das bedeutet, dass eine Straßenstrecke von über 4,7km (Breite 15-40m) direkt

in den Zentralbalkan durch den Naturpark Bulgarka gebaut wird. Dieser Park schützt Buchenwälder, Trinkwasserreservoirs für Gabrovo und Trjavna und ist ein Teil vom europäischen Netz „Natura 2000“. Der Abschnitt ist als besonders geschützte Natur für große biologische Vielfalt und tierfalt der EU erklärt worden.

Dieses Projekt beruht auf einer Planung aus dem Jahr 1981 und damit auf die zu dieser Zeit bestehenden wirtschaftlichen und politischen Beziehungen innerhalb des damaligen Ostblocks. Es lässt dabei völlig unberücksichtigt, die neuere Verkehrssituation, durch den Ausbau der östlichen Nord-Süd-Verbindung und der zweiten neuen Nord-Süd-Verbindung durch den Bau der Brücke über die Donau bei Vidin/Calafat.

Bei dem hier angesprochenen Projekt „westliche Umgehungstraße“ fehlen außerdem verlässliche statische Verkehrs-Daten, die den Bau der Straße überhaupt rechtfertigen würden.

Darüber hinaus wird die Ekologie zerstört und der Lebensraum vieler Bürger negativ beeinflusst. Ein Vergleich der Zweckmäßigkeit mit allen Auswirkungen auf Natur und Mensch wurde nicht wahrheitsgetreu vorgenommen. (Abgesehen davon, dass zwei weitere Alternativen für den Verlauf der Straße, nicht berücksichtigt wurden.)

Es gibt keine andere logische Erklärung für das Festhalten an dieser Umgehungsstraße, als dass, dieses Projekt nur privaten und politischen Interessen dient.

Obwohl noch Gerichtsverhandlungen bezüglich des Verlaufs der Straße geführt werden, wurde bereits mit dem Bau der Straße begonnen. Nach der derzeitigen und noch nicht abgeschlossenen Planung, verläuft sie nun durch vier stark besiedelte Viertel von Gabrovo. Damit löst die geplante Straße nicht das Problem des Verkehrsflusses der Gemeinde und kann nicht als Umgehungsstraße angesehen werden.

Bis heute sind die Bürger von zwei Vierteln nicht informiert, in wieweit sie vom Bau und dem Verlauf der Straße betroffen sein werden. Offensichtlich gibt es bis heute noch keinen konkreten Plan, obwohl weiter gebaut wird.

Durch Gelder der EU-Steuerzahler für dieses Projekt wird nicht nur Umwelt- und Lebensraum sinnlos zerstört, sondern werden auch an die 25 nationale und europäische Gesetze verletzt.

Hier einige Beispiele:

- Der Bericht über die Auswirkung des Projektes auf Ekologie und Lebensraum ist auf falsche Angaben der ausführenden „Agentur für Straßeninfrastruktur“ angefertigt und genehmigt worden. Es wurden falsche Zahlen für die Entfernung der Straße zu bewohnten Häusern angegeben. Notwendige Hilfsstraßen und zusätzliche Baumaßnahmen wurden nicht berücksichtigt. Somit ist die tatsächliche Auswirkung des Projektes auf die Ekologie und dem Lebensraum der Bürger nicht berücksichtigt.

Diesbezüglich hat sich die bereits 2008 gegründete Bürgerinitiative mit einer Petition „To the Committee on Petitions of the European Parliament (No. 1532/2008)“ gewandt. Mit der Referenznummer CHAP 2010/02268 wurde die Petition zur Anhörung und Diskussion angenommen. Leider wurden nur offizielle und politische Institutionen, die an dem Projekt interessiert sind, kontaktiert. Nach mehr als sechs Jahren hat sich die Bürgerinitiative erneut

an die oben genannte Institution (vom 20.11.2015) gewandt, da keine unabhängige gerichtliche politische Entscheidungen bis heute getroffen wurden, obwohl viele Gesetzesverletzungen vorliegen. In der neuen Petition bitten an die 700 Bürger um eine politisch und wirtschaftlich unabhängige Untersuchung des Projektes, als auch , Maßnahmen im Rahmen der gesetzlichen Kompetenz (ein erneut eröffnetes Strafverfahren) zu treffen. Die Bürger bitten weiter um das stoppen dieses sinnlosen Projektes.

- 1996 wird eine Korrektur des gesamten Stadtplans von 1981 der Stadt Gabrovo vorgenommen. Veränderungen betreffen nur den östlichen Teil der Stadt, nicht den Verlauf der westlichen Umgehungsstraße (Verlauf von 1981, westlich von den Stadtviertel Weltchevzi und dem Staudamm Sinkewitza, Erholungsgebiet der Stadt Gabrovo).

Im Jahre 2005 wird die Genehmigung für den Bau von einem privaten Wohnhaus mit Firmengebäude und zwei Garagen auf Grund des Straßenverlaufs von 1981 erteilt. Der jetzige geplante Verlauf der Straße ist nur drei Meter von dem angegebenen Haus und Firmengebäude entfernt.

Offensichtlich ist die Veränderung des Verlaufs nach 2005 vorgenommen worden. Für diese Veränderung existieren keine Dokumente. Es gab auch keine öffentliche Diskussion.

- 2008 beginnen Messungen in vier stark bewohnten Vierteln der Stadt. Erst jetzt erfahren die Bürger über den veränderten Straßenverlauf. Bürgermeister zu dieser Zeit ist Tomislav Dontschev, jetzt Minister für die Verwendung von EU-Geldern in Bulgarien und stellvertretender Ministerpräsident. Es erscheint sehr wahrscheinlich, dass die ungesetzliche Veränderung der westlichen Umgehungsstraße in seiner Bürgermeisterzeit geschehen ist.
- Um zu klären, wer, warum, wann und mit welchem Recht die Änderung des Straßenverlaufs vorgenommen hat, führt die Bürgerinitiative eine Gerichtsverhandlung bei dem Verwaltungsgericht in Gabrovo. Ebenso wurde die Wirtschaftspolizei aufgefordert Ermittlungen diesbezüglich durchzuführen. Bis heute gibt es weder ein Urteil des Gerichts noch Ergebnisse der polizeilichen Untersuchung, dennoch wird bereits gebaut und damit Tatsachen geschaffen.
- Der Versuch die bulgarische Öffentlichkeit für das gesetzwidrige Handeln von Institutionen und der Sinnlosigkeit des Projektes durch alle Medien zu informieren, ist leider erfolglos geblieben. Zu beiden Pressekonferenzen sind keine Journalisten erschienen. Offenichtlich wurde auch hier politischer Druck ausgeübt.

Für weitere ausführliche Informationen und Dokumente stehen Ihnen folgende Kontakte zur Verfügung:

Nikolai Nikolov, „Initiativkomite der Bürgerinitiative“

Rechtsanwälte:

Alexander Kodshbashev, Rosen Dimov

Die Verfasser dieses Schreibens sind:

Prof. Dr.rer.nat Dr.h.c. Peter-Jürg Uebel, Bürger der Bundesrepublik Deutschland

Dr.rer.nat. Ruja Prodanova Uebel, Bürger der Bundesrepublik Deutschland und Volksrepublik Bulgarien, Mitglied der Bürgerinitiative.